

# Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Dienstanschrift: Tageblatt Riesa.  
Sammel Nr. 20.

Postleitzahl: Dresden 1120  
Sammel Riesa Nr. 22.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen  
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsverwaltung beim Amtsgericht und des  
Rates der Stadt Riesa, des Eisenamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen, sowie des Gemeinderates Gröba.

Nr. 40.

Donnerstag, 16. Februar 1922, abends.

75. Jahrg.

**Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 18 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorabrechnung, monatlich 11.— Wart einschließlich Bringerlohn. Einzelnummer 50 Pf. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im vorraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Schreiben an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 48 von 9 bis 8 mm hohe Grundschrift-Zeile (7 Silben) 250 Mark; getraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Nachstellung, um Vermehrungskosten in R. aufzutragen. Bevollmächtigter habtzt zulässig, wenn der Beitrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muss oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Schätzliche Abrechnungszeit: "Grübler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Eisenanlage oder der Feuerwehr-einrichtungen — hat der Besitzer keinen Anspruch auf Sicherung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Notfallsonder- und Verlängerung: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Höhnel, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittrich, Riesa.**

## Vertliches und Sachsisches.

Riesa, den 16. Februar 1922.

— Das 50jährige Dienstjubiläum als Angestellter der Amt.-Gef. Bauchammer in Riesa zu feiern. Vor gestern Herrn Herrmann Ehlinger verordnet. An diesem Ehrentag, den der 75jährige Jubilar in voller körperlicher und geistiger Frische feiern konnte, wurden ihm am Morgen an seinem geschätzten Arbeitsplatz durch Herrn Direktor Koppenberg im Beisein zahlreicher Werkangestellter herzliche Glückwünsche und Worte der Anerkennung für die der Firma in Zeite und so lange Zeit rafflos und unermüdlich geleistete Tätigkeit zuteil. Mit Überreichung eines Geschenks seitens der Alttingefellschaft schloß die fröhliche Feierlichkeit. Am Abend veranstaltete der Beamtenverein des Eisenwerks zu Ehren des Jubilars einen Festakt, zu dem die Mitglieder dieser Vereinigung zahlreich erschienen waren, auch die Werksdirektion war anwesend. Diese Feier wurde umrahmt von Auftrachten, Gesangs- und Musikstücken, dargeboten von Vereinsmitgliedern. Ein von diesen gestiftetes Geschenk wurde dem Jubilar mit dem Wunsche überreicht, daß es seiner Gemahlin und ihm selbst noch recht viele Jahre verdient sein möge, sich desselben zu bedienen. Viele Feierlichkeiten gaben ein bereites Zeugnis von der Hochachtung und Wertschätzung, die dem Senior der Eisenwerksangestelltenschaft von dieser anteil wied.

— Feiermeile ist ein Jubiläum. Sein 25jähriges Dienstjubiläum konnte am gestrigen Tage der stellvertretende Kommandant und Hauptmann unseres Freim. Rettungskorps, Herr Leibermüller Paul Schumann neugeben. Zu dessen Übung nahm das Freim. Rettungskorps gestern abend in der Turnhalle der Albertschule Aufstellung. Als Vertreter der Stadt waren Herr Stadtrot Dombois, Herr Stadtrot Richter und Herr Stadtverordneter Freier erschienen. Herr Stadtrot Dombois übermittelte dem Jubilar die herzlichsten Glückwünsche und überreichte ihm als äußeres Zeichen der Dankbarkeit ein vom Rate der Stadt und dem Feuerlöschhausschuh gestiftetes Ehrenzeichen. Dasselben beglückwünschte Herr Branddirektor Rehler Herrn Hauptmann Schumann im Namen des Freim. Rettungskorps und über gab ihm unter herzlichen Dankesworten eine vom Corps gestiftete Ehrennadel, sowie ein Geschenk seitens der Jubilar. Mit bewegten Worten dankte der Jubilar für die ihm angetane Ehreung. — Möge auch dieses Jubiläum freiwilliger treuer Wächterstellung wiederum ein Ansporn sein für alle Angehörige des Freim. Rettungskorps, möchten sich aber auch noch jüngere Freunde und deren Eltern es in unserer Stadt noch viele finden, die den Zweck und die Ziele unserer Freiwilligen Feuerwehr durch Beitritt unterstützen. Hdt.

— Evangelisationsvortrag. Dem gestern gehaltenen Evangelisationsvortrag des Herren Sup. Eiter, zu dem sich wieder eine zahlreiche Zuhörerschaft eingefunden hatte, lag folgender Gebannteinangang zugrunde: Die wichtigste Lebensfrage. Wie heißt sie? Wer geht sie an? Gibt das Staats-, Volks- oder Familienleben? Ja, da liegen heute ernste Lebensfragen, ernste Existenzfragen. Möchte Gott uns Männer geben, die sie lösen zum Heil des Volkes. Die wichtigste Lebensfrage besteht nicht auf Dinge um uns, sondern geht uns selber an im Licht der Ewigkeit. Es handelt sich um unser eigenes Sein oder Nichtsein im Licht der Ewigkeit. Die wichtigste Lebensfrage steht I. Mos. 8, 9 und heißt: Wo bist du? Es ist die erste Frage auf der Welt und die erste Frage in jeder Existenz. Gott stellt sie und legt sie jedem Menschen vor in seiner jüngenden, reitenden Liebe. Er will den Menschen aufwecken aus dem Todeschlaf der Sünde, der Gleichgültigkeit und des Selbstbetrugs; er will uns zum Nachdenken über uns und zum Reden mit ihm bringen. Selbstbefinnung, Selbstkenntnis! Wohl dem, der sich erkennt und der Wahrheit die Ehre gibt. Wer aus der Wahrheit ist, der hört meine Stimme. Gott hat in Christo sich geöffnet. Jesus ruft und fragt: wo bist du? Komm her zu mir, armer verlorner Mensch, ich will dich erquicken. In der Sterbetaufe wird jeder Mensch noch einmal diese Frage hören, was werden wir antworten? — Heute abend 8 Uhr wird der Herr Evangelist über das Thema „Der kluge Kaufmann“ reden.

— Ortskartei des D. B. B. In der „Elbstraße“ stand gestern abend eine zahlreiche beflockte außerordentliche Hauptausstellung des Ortskartei Riesa des Deutschen Beamtenbundes statt, mit der Tagesordnung: Stellungnahme zum Streikrecht der Beamten. Nach langem Vorwort des Vorsitzenden hielt Kollege Brandenburg ein ausführliches Referat, worin er nochmals eingehend auf die Grundthese des beendeten Eisenbahnerstreiks, sowie auf die in der Presse erfolgten vergeratenen Stellungnahmen seitens der einzelnen freien Gewerkschaften, der Regierung und politischen Parteien einging. Den Ausführungen des Referenten folgten die Anwesenden mit größtem Interesse. Weicher Beifall bewies, daß man allgemein mit den Darlegungen einverstanden war. Nach der hierauf folgenden sachlichen Aussprache wurde einstimmig folgende Entschließung angenommen: Das Ortskartei Riesa des D. B. B. versammelt in seiner außerordentlichen Hauptausstellung am 16. Februar 1922, nimmt anlässlich des Eisenbahnerstreiks Stellung zur Frage des Karteirechts für die Beamten und fordert von der Bundesleitung, 1. daß mit allen Mitteln gegen ein kommendes Ausnahmegesetz gegen die Beamten zu wehren, denn selbst wenn der Beamtenstreik nicht zur Anwendung zu kommen braucht, muß seine Möglichkeit doch hinter unseren Forderungen stehen, sollen diese mit Erfolg durchsetzen werden. Es ist deshalb eine enge Umgrenzung zu geben für die Fälle, in denen der Streik zu einer Lebensnotwendigkeit wird und durchgesetzt werden muß. Zur Bearbeitung und Schilderung eingerichtete Verbandsausschüsse wie die Einigung von Eisenbahnerstreiken an-

bewirken. Sollte hier keine befriedigende Lösung gefunden werden, so ist vor dem letzten Schritt auf jeden Fall eine Urabstimmung herzuholen. Von vornherein wird gefordert, daß die Bevölkerungsordnung durch gleitende Skala den jeweiligen Leervermögensverhältnissen angepaßt wird, unter Festlegung eines bestimmten Kulturmimums, 2. daß sie sich geschlossen dafür einstet, daß Disziplinierungen von freistehenden Beamten nicht stattfinden, soweit sie nicht durch Sabotageakte berechtigte Grundlagen haben. 3. daß sie dafür voll eintritt, daß das Beamtenstreikgesetz umgehend Wirklichkeit wird.

— Eine Freiballonfahrt veranstaltete der Sachsische Verein für Luftfahrt am 20. Januar. Da die untere Wollsgrenze bis 50 Meter, als Regel oft noch tiefer, herabreichte, war ein Fahrt unter den Wolken teils unmöglich, teils gefährlich. So suchte sich der Ballon „Friedland“ sofort eine Schwimmhöhe über ihnen, die er anfangs schon in 300 bis 400 Meter fand, unter ihm ein nach allen Richtungen endloses und doch an Abweichung überreiche Wollenne, das die darunter befindlichen Geländewellen, vielfach auch die Wasserläufe, erkennen ließ, eine Erscheinung, mit der sich die wissenschaftliche Wollensforschung sehr viel beschäftigt; über dem Ballon selbst blauer Himmel und strahlender Sonnenchein bei einem Temperaturunterschied von 29 Grad Celsius, auf der Erde minus 10 Grad, in der Höhe plus 9 Grad. Der Ballon begleitet immer sein Spiegelbild auf dem Wolken mit allen Einzelheiten, bald fern und klein, bald riesengroß, wenn Wolken sich in seiner Nähe ausstürmten, fast immer von einem Strahlenkranz in den Regenbogenfarben umgeben. Mit Sicherheit festgestellt werden konnte während der Fahrt nur Bitterfeld, dann diente lange Zeit als zuverlässiger Richtpunkt der das Wollenne in voller Glarheit übertragende Brocken mit Unterkunftshaus und Aussichtsturm. Langsam stieg der Ballon bis 1300 Meter langsam an, dann auch wieder abwärts. Eine große Lücke im Wollenne ermöglichte einen weiten Überblick über die Sächsische Heide. Noch nem durch Hermann Löns bekannt gewordene Sächsische Wälder wurde nach 5½ Stunden bei heftigem Bodenwind platt gesolandet. 305 Kilometer (Luftlinie) vom Aufstiegplatz Ruhland bei Riesa entfernt; der wirklich zurückgelegte Weg betrug 340 Kilometer, die Fahrtgeschwindigkeit schwankte von 40 bis 80 Kilometer in der Stunde. Geführt wurde der Ballon von dem ältesten ausübenden deutschen Ballonführer, Scheinrat Dr. Voischel. Mitfahrender waren Musiklehrer Maul aus Meissen und Dr. med. Teller aus Dresden.

— Wochenbericht des Landesamtes für Arbeitsvermittlung, 5. bis 11. Februar 1922. Die Arbeitsmarktlage hat in der Berichtswoche eine weitere Verschlechterung erfahren. Einsleits läßt das anhaltende Frostwetter einen starken Einfluß namentlich auf die Lage der Außenberufe aus, anderseits hat der Eisenbahnerstreik den ständig bestehenden Kohlen- und Rohstoffmangel außerordentlich verschärft, sodass an verschiedenen Orten Betriebe aussieben mussten. Die Vermittlungstätigkeit war allgemein gering. Der Mangel an jüngeren landwirtschaftlichen Arbeitern und Arbeiterinnen bleibt eine Taugterneinung. Der Unterkunftsangebot im Stollberger Kohlenterbiet konnte noch nicht behoben werden, sodass bei Bedarf an inländischen Arbeitern für Unterkünfte unter 30 Jahren nicht gedeckt werden konnte. Die Freiberger Hüttenwerke arbeiten voll. Die Metallindustrie ist im allgemeinen noch sehr gut beschäftigt, doch zeigt sich ein Nachlassen der offenen Stellen. Zum Teil wird von einem leichten Anschwellen der Arbeitslosigkeit berichtet. Der Mangel an Fachkräften bleibt dagegen bestehen. Die Textilindustrie arbeitet, soweit sie nicht durch Rohstoffmangel gehemmt ist, noch voll. Im Leipziger Buchbindergewerbe ist starker Bedarf an Arbeitskräften. Im Sattlergewerbe wurden wieder Arbeiter für die Kofferbranche gesucht und ausgewiesen. Die Lage in der Holzindustrie blieb weiter ungünstig. Bäder- und Fleischergewerbe liegen weiter still. Die Tabak-, Zigarren- und Zigarettenindustrie nahm weitere Entlassungen vor. Im Schneidergewerbe hielt die günstige Konjunktur an. Schnellere Gehälter blieben gelöst. Die Schuhindustrie ist gut beschäftigt. Tagelogen hat sich für den handwerksmäßigen Betrieb die Lage nicht gesetzt. Im Baugewerbe stieg die Zahl der Ausseher weiter. Durch das Frostwetter ruht die Bautätigkeit fast völlig. Im Handelsgewerbe besteht Bedarf nach jüngstem laufmännischen Personal und nach Stenotypistinnen. Gleich werden Elektroingenieure. Für Ungelernte verschlechterte sich die Lage weiter.

— Bezeugenvernehmung im Fall Bobe. Zur Untersuchung der Vorgänge, die zur Verfolgung des sozialistischen Konservativen beim Amtsgericht Leipzig Bobe in das Justizministerium unter Beobachtung zum Justizamtmann geführt haben, war bekanntlich auf Verlangen der Deutschen Volkspartei vom Landtag ein Untersuchungsausschuß eingesetzt worden. Dieser vernahm am Mittwoch eine ganze Reihe von Zeugen. zunächst wurde festgestellt, daß es ein Irrtum war, wenn Dr. Beugler durch die Justizbehörde in der Staatskanzlei verbreitet habe, die Alten über den Konservativen Bobe und dessen misslungenen Prüfungen seien aus dem Archiv verschwunden. Gestellt wurde vielmehr, daß sie wahrscheinlich durch eine nicht genügend sorgsame Hilfskraft an einem falschen Platze untergebracht worden waren und also heute vorhanden sind. Weiter wurde festgestellt, daß der Justizminister einer Abordnung mittlerer Beamten gegenüber die Verfolgung Bobes damit begründet, daß er im Ministerium jemand brauche, dem er unabdingtes Vertrauen entgegenbringen könne. Bobe sei ihm bekannt, er stehe ihm politisch nahe, zu ihm habe er dies Vertrauen. Unter den Beamten des Ministeriums wisse er niemanden, auf den das zutreffe. Es sei ihm wohl bekannt, daß die Verfolgung eines Mannes, der die Be-

amtenvertreibungen zweimal vergeblich versucht hat, an die höchste Stelle, die einem mittleren Beamten überwunden zugänglich ist, Auflösung und Sturm herzurollen werde. Nicht ganz gefährdet wurden durch die Bezeugenvernehmung die Vorgänge, die sich bei der Ernennung innerhalb des Ministeriums vollzogen haben. Insbesondere blieb ungeklärt, ob der Minister von vornherein sich darüber im reinen gewesen ist, welcher Art die Tätigkeit des neuen Justizamtmannes sein sollte. Ein Zeuge hatte den Einbruch gewonnen, daß Bobe innerhalb des Ministeriums selbst einen Akt Privatschreiber für den Minister abgeben sollte. Wenig günstig für Bobe waren die Auslagen des Oberstafettkräfte der Präsidialkanzlei des Amtsgerichts Leipzig. Nach dessen Darstellung hat man Bobe getreten, wie es mit anderen Konservativen gleich, ausdrucksweise als Proletarier aus Billiglachen zu bezeichnen. Der Zeuge belehrte seine Ausfälle durch amtliche Gutachten, die sich bei den Akten des Amtsgerichts Leipzig befinden und noch beigezogen werden sollen. Nach diesen Gutachten kam Bobe in seiner damaligen Stellung für einen selbständigen Posten nicht bedenkenlos in Frage. Aussehen erregte die Bedeutung des oben erwähnten Oberstafettkräfte, der seinen Posten 20 Jahre lang zu öffentlicher Nutzenbereit ausgestellt hatte und dem Bobe dienstlich unterstand, der aber wiederholt Zusammenstöße mit Bobe gehabt hat, daß er im November 1921 plötzlich abkommandiert, nach Bemühungen des Amtsgerichtspräsidenten wieder zurückkehrte, aber seine Tätigkeit mit einem der sozialistischen Partei angehörigen Kollegen teilen mußte, und zwar ebenfalls endgültig aus dieser Stellung befreit werden soll. Es wurde dem Zeugen zugesichert, daß ihm die Auslaufragendörfer aller Parteien nötigenfalls zur Seite stehen, wenn ihm aus seiner offenen Bezeugenvernehmung Unannehmlichkeiten erwachsen sollten.

— Ein abgelehnter Landesamt für Arbeitsmarkt. Die kommunistische Landtagsfraktion hatte bei der Eratation den Antrag gestellt, die vorgesetzten Stellen der Oberstudienbibliotheken (Leiter der höheren Lehranstalten) in Weißfahrt zu bringen, sobald diese Lehranstalten eine Pauschalzulassung für Studenten erlangt hätten. Der Haushaltsausschuss lehnte diesen Antrag gegen zwei Stimmen ab.

— Staatsbauschule Dresden. Auf Vorschlag der Staatsbauschule Dresden hat das Wirtschaftsministerium den ehemaligen Schüler dieser Anstalt Herrn Architekt B. D. A. Kurt Bärbig mit der Dr. Karl Noether-Stiftung auszeichnet. Die Stiftung beweist die Förderung von Sachsen's Handel und Gewerbe durch Unterstützung ausgesuchter Schüler oder ehemaliger Schüler gewerblicher Lehranstalten des Landes, von denen eine hervorragend berufliche Tätigkeit im besonderten Maße erwartet werden kann.

— Landespolizei und Eisenbahnerstreik. Aus Dresden wird gemeldet: In einer Versammlung der Fachgruppe Landespolizei Dresden im Verbande Sächsischer Polizeibeamten nahm man nochmals Stellung zu den Richtlinien, die der Verband gelegentlich des Eisenbahnerstreiks herausgegeben hatte. Nach eingehender Aussprache wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, in der es heißt: Die Versammlung bedauert, daß die Richtlinien in bestimmten Kreisen irrtümliche Anschauungen über die absolute Zuverlässigkeit der Landespolizei hervorgerufen haben. Sie würdigte die Lage der Verbandsleitung bei Ausbruch des Streiks und forderte für die Zukunft, daß in ähnlichen Fällen die erweiterte Verbandsleitung zur Beratung mit herangesogen wird. Die Versammlung hält danach den Zwischenfall für erledigt. Ferner beschloß man die Versammlung mit dem Verhalten der Bundesleitung des Beamtenbundes und beauftragte die Verbandsleitung, dafür zu sorgen, daß an die Stelle der jetzigen künftig verantwortungsvolle und arbeitsfähige Männer für die Bundesleitung des Deutschen Beamtenbundes entlangt werden. — Wolfs Sächs. Landesdienst meldet ferner aus Dresden: Anlässlich des Ausstandes der Lokomotivführer hatte der Verband Sächsischer Polizeibeamter an seine Mitglieder geheimte Richtlinien erlassen, die eine Unterführung der treibenden Lokomotivführer bedeuteten. Deswegen haben die Polizeiaffiliare der sächsischen Landespolizei mit wenigen Ausnahmen ihren Austritt aus dem Verband erklärt.

— \* Leipzig's Briefmarken? Da die Reichspostverwaltung ein Erluchen für die Leipziger Messe beauftragte Briefmarken herzustellen, abgelehnt, für die einmalig stattfindende Gewerbeschau in Plauen die Herstellung solcher Briefmarken aber gefordert bat, haben die Leipziger Reichstagsabgeordneten aller Parteien eine gemeinsame Anfrage an die Reichsregierung gerichtet, ob sie bereit sei, bei der Reichspostverwaltung für die Herstellung beider Briefmarken für die Leipziger Messe einzutreten. Sie weisen darauf hin, daß die Gründe, die die Reichspostverwaltung für ihre Stellungnahme der Gewerbeschau gegenüber anführt, auch für die Leipziger Messe zutreffen, da sie sich bei dieser um ein Unternehmen außergewöhnlicher Art und von großer wirtschaftlicher und politischer Bedeutung für das ganze Deutschland und auch für das Deutsche im Ausland handeln.

— \* Die Vorgänge in der Sächs. Zentrumspartei. Im Anschluß an die verschiedenen Nachrichten über eine Krise in der sächsischen Zentrumspartei und insbesondere an die Wolff-Raditz des Abg. Heslein gibt der geschäftsführende Ausschuß der sächsischen Zentrumspartei durch Rechtsanwalt Dr. Hille als Vorsitzenden bekannt: Der geschäftsführende Ausschuß und die gesamte sächsische Zentrumspartei stehen geschlossen hinter der Politik des Reichspost- und des Reichskanzlers Wirth. Die demokratischen Grundätze dürfen nicht angefochten werden. Jedes Verhältnis, die demokratische Sichtung der Partei über der Parteileitung anzusehen, muß aufgedeckt werden als

Bericht, zwiespaltig davorstanden. Wie Herrn Dr. Hohlein ist mir auch nur in einem Punkte eine politische Meinungsverschiedenheit gewesen. Herr Hohlein hat den Vokten als politischer Leiter der "Sächsischen Volksschule" am 12. Oktober 1921 aus rein persönlichen Gründen entlöst und ließt der Zeitung seitdem nur Zeitaufläufe gegen Vergrößerung. Nur im Monat Januar war er vertretungsweise als politischer Leiter nochmals tätig. Sämtliche Nachrichten über eine Einschlagszahl rechtschreitender Nachbullen auf die Parteileitung sind einschließlich erfasst. Rechtsanwalt Dr. Hölsch betont die Richtigkeit seiner Veröffentlichungen in der "Sächsischen Volkszeitung".

\* \* \* Von Dresden. Am 21. ds. Ms. tritt die Evangelisch-lutherische Landeskonode im Ständehaus zu einer neuerrichteten kurzen Tagung zusammen.

\* \* \* Die Gründung der Ingenieure Johnson und Hobbs aus Dresden wird gemeldet: Auf Einladung von Mitgliedern des sächsischen Landtages sprach gestern nachmittag vor Vertretern der Handels-, Industrie- und Presse-Direktor Dr. Karl Rotta über die Entwicklung der beiden deutschen Ingenieure Johnson und Hobbs über die elektrische Anwendung von Halbleitern. Es handelt sich um ein neues Verfahren und erweiterte Verwendungsmöglichkeit für die Zwecke der drahtlosen Telegraphie und Telephonie. Dr. Rotta ist Direktor der Dr. Erich A. Dohr-Gesellschaft für Funkentelegraphie m. b. H. in Berlin, welche die neue Entdeckung für die Technik in Apparate umsetzt. Der streng wissenschaftliche Vortrag fand eine äußerst bestürzende Aufnahme.

\* \* \* Verschobene Meldotterie. Die Beziehung der Geldlotterie des Sächsischen Heilanstaltenvereins für Lungenerkrankte wurde wegen des Verkehrsrechts auf den 9., 10., 11. und 12. März verlegt werden. So sind noch bei den bekannten Verkaufsstellen zu haben.

\* \* \* Nördern. Einen durchschlagenden Erfolg hatte am vorigen Sonntag der diesjährige Weihnachtsmarkt mit seinem Motto "In Glücks zu verschenken". Vor überfülltem Hause konzertierte das Damen-Kompetitororchester Mecklenburg und erhöhte mit seinen Leistungen alle Zuhörer mit Laut. Besonders "Die Schmiede im Walde" und untere alten sächsischen Bauernmärkte ernteten tosenden Beifall. Wohl aber keiner mußte man sich zu kleinen Zugaben bemühen. Der nach beendetem Konzert erfolgte Einzug der Rosenkönigin mit Gefolge, sowie der anschließende Rosenreigen lösten ebenfalls großen Beifall aus, der auch, da alles ohne einen Fehler vorgespielt wurde, wohlverdient war. Da nun den vielen Hunderten, die am vorigen Sonntag keinen Platz finden konnten, Gelegenheit gegeben werden soll, die herrliche, hier noch nie gefeierte Dekoration in Augenschein zu nehmen und des guten Zwecks wegen ihren Beitrag auch an den Mann zu bringen, wird das Fest am nächsten Sonntag mit allen Darbietungen und Veranstaltungen wiederholt. Von 5 bis 7 Uhr Konzert vor der verstärkten antiken Kapelle Hergert, alsdann Rosenreigen mit darausfolgendem kleinen Ball. Da ebenfalls wieder hoher Andrang zu erwarten ist, liegt es im Interesse der ansässigen Besucher, rechtzeitig anzuschreiben, um einen guten Platz zu bekommen. Alles Röhre siehe Angelagentur.

\* \* \* Dresden. Am kommenden Sonntag wird in der Ausstellungshalle des Deutschen Olympia-Museums am Zwingerplatz eine neu bearbeitete und ergänzte Ausstellung zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten eröffnet, die bis zum 12. März dauern soll.

Sieben. Im benachbarten, jenseits der Grenze liegenden Niederschlesien droht eine Einbrecherbande in nächster Stunde in die Geschäftslokale eines Kaufmanns ein und raubt Lebensmittel und Bedarfsgüter im Werte von über 12000 Mark.

\* \* \* Birna. Kurz und bündig handelte auf dem leichten Wodenmarkt ein Laubenzüchter aus der Umgegend. Er war nach der Stadt hereingekommen und dort auf dem Markt einem Tannenhändler Kunden zum Kauf an. Da beide nicht handelsmäßig wurden, öffnete der Züchter, ohne lange zu überlegen und zum allgemeinen Erstaunen der Umstehenden, den Sack, in dem er die Lauben mitgebracht hatte, und schon flatterten leichter davon. Einem Schaden wird der Züchter wohl kaum haben, denn die Lauben werden ihrheim schon wieder gefunden haben.

\* \* \* Altenberg. Am 13. und 14. Februar stand unter Vorsitz des Ministerialrates, Herrn Prof. Dr. Rosenmüller, an der Höheren Lehranstalt für Verkehrsbeamte an Altenberg i. Grabe, die mündliche Prüfung von 28 Abiturienten statt. 27 Prüflinge bestanden und kommen damit in den Besitz des ehemaligen Gini-Freib.-Bananiess. Es schieden in den Sitzen: 28 I., 1 II., in den Wissenschaften: 1 I., 4 II., 5 II., 7 III., 6 III., 4 IV. Die Abiturienten haben fast ausnahmslos schon Anstellung gefunden; 4 treten in die neu gegründete Oberförsterei über, um sich die Meile für Unterprima zu erwerben. Für Ostern sind noch Plätze im Internat frey.

\* \* \* Dobensteine. Erneut genommen wurde in Chemnitz der verbotene Bader Robert Jung von hier, der mit 35 000 Mr. erschwendeten Geldern durchgebrannt war. Das Geld hat J. in Begleitung einer Neunerin durchgebracht.

\* \* \* Hof. Am Montag in Regnitzlosa wird noch gemeldet: Rauer der 17 Jahre alten Richter Kug ist auch der Schuhmacher Schnabel ein Opfer des Mörders geworden, der in der vorletzten Nacht in einer Hofen Privatklinik verschwand. Frau Schnabel befindet sich noch in Lebensgefahr. Die Sektion der Leiche des Mädchens stand gestern statt. Es ist nicht ausgeschlossen, daß es sich beim Mörder um einen Liebhaber des Mädchens handelt.

## Dresdner Schwurgericht.

\* \* \* Die Verhandlung gegen die Freitaler Rohräuber konnte noch bis zum Abend zu Ende geführt werden, ein Teil der Beweisaufnahme fand unter Aussluß der Öffentlichkeit statt, somit Verhinderung der Staatsinteressen in Frage kam. Alle vier Angeklagten bekannten sich als Kommunisten, doch erklärten sie anschließend, daß sie keine eingetriebenen Mitglieder dieser Partei sind. Aus politischen Gründen wollen sie sich der Gruppe Blättner-Wehner angegeschlossen haben, die über den Parteien steht und mit Gewalt bekämpft. Durch dauernde Raubüberfälle sollte die öffentliche Sicherheit erschüttert und die Polizei ständig in Spannung versetzt werden, der Regierung sollte damit gezeigt werden, daß Kräfte am Werk sind, die sie befiehlt. Durch die Raubüberfälle sollten die Mittel, der Grundstock für eine rote kommunistische Armee und deren Ausstattung mit Waffen und Sprengmaterial beschafft werden, weiter sollten von den Erträgen die Mitglieder der Gruppe geldbunt und Glückstypen unterstützt, sowie Deutschen hergestellt werden. Unabhängig und Webereitier betrügen das Volk und die drei Wahlen, im Frühjahr kehren neue Kämpfe bevor, da sollte die Regierung gestürzt werden und an deren Stelle die Diktatur des Proletariats treten. Der Freitaler Rohraub sei am 7. Dezember in Görlitz beschlossen worden, dort sollte etwas anderes unternommen werden, dieser Plan klappte nicht. Am Freitaler Raub konnte Blättner nicht teilnehmen, weil er kein Radfahrer ist. Bis jüngerer Genosse war Wehnert beteiligt, der jetzt flüchtig ist. Alles sei glatt gegangen, die Hinnahme in Berlin erfolgte nur, weil ein Genosse auf den Wohl der Polizei gehoppt sei und alles verraten habe, so läßt sich Bläßler im Wortlaut aus. Reimann betonte, daß in der Gruppe Blättner verschiedene Unterabteilungen bestanden,

zum Beispiel die Wahl-Vorbereitung, die Finanzen unterhielt. Reimann selbst will zur Economiebildung gehörig haben. Hölsch gab zu, daß er am Deutschen Bankraub beteiligt war und daß er von der Staatsanwaltschaft in Neu-Russia entlastet werde wegen gleicher Verdreyen. Reimann bestätigte wiederum, daß ihn die Staatsanwaltschaft zu Nordhausen befreite, weil er dort tatsächlich gewesen sei in gleicher Richtung. In Beispielen sah die Angeklagten nachzuweisen vor den Weltkriegen, wie sie für die Kommunistische Partei und deren Jugendorganisationen gewirkt haben. Waffen werden sie nur zum persönlichen Schutz gebraucht haben oder nur um Schwerechtheit abzugeben. Die beiden überlosen Beamten, Betriebsleiter Umlauf und Rößler Brod, machten als Zeugen Angaben, wie der Überfall vor sich gegangen. Es bediente sich alles, was die Angeklagten angaben.

Der Verteidiger der Angeklagten, Rechtsanwalt Höglund aus Gelle - Justizrat Fräntzel-Braun hatte abgelehnt - forderte Verbindung mit dem Dresdener Bankraub als eine einzige fortgesetzte Tat, dies wurde vom Gericht abgelehnt. Weiter stellte er klar, daß den Untergang, die Angeklagten dem Reichsgericht zu überweisen, es handele sich um Hochverrat, mindestens aber um vorbereitende Handlungen zum hochverrätischen Unternehmen. Zweck der Raubüberfälle war nur ganz nebenläufiger Art, es sollten Mittel der sozialistischen Regierung beschafft werden, damit Waffen, Sprengmaterial und eine rote Armee gegründet werde. Jeden Augenblick kann die Explosion erfolgen; wenn die Gruppe Blättner nicht ausfällig hinter Schloß und Mauer, so hätte sie während des Eisenbahnerstreiks die Situation ausgenutzt und die Regierung mattgelegt. Auch dieser Antrag wurde abgelehnt.

Im weiteren Verlaufe der Verhandlung wurde die Gesetzmäßigkeit wegen Belästigung der Staatsicherheit ausgeschlossen. Nachdem Rechtsanwalt Höglund erneute Anträge wegen Überweisung an das Reichsgericht gestellt, und auch diese abgelehnt wurden, forderte Staatsanwalt Günther in längeren Blättern Verjährung sämtlicher Schuldfragen und Verneinung mildernder Umstände. Der Überfall wurde gemeinschaftlich auf öffentlicher Straße verübt, dabei trugen die Angeklagten Waffen, brachten auch Vieh in Anwendung. Nichts habe sich bei Ausführung der Tat von gewissem Verbrechertum unterschieden. Die Gruppe Blättner gehörte zu den Anarchisten, sie schätzten den Terror und bildeten der Propaganda der Tat. Rechtsanwalt Höglund plädierte für Billigung mildernder Umstände.

Nach langer Beratung der Geschworenen, die sämtliche Schuldfragen besahen, bei Hölsch und Röder die mildernden Umstände verlangten, wurde abends gegen 6 Uhr das Urteil verkündet, es erhielten demnach Hölsch und Röder fünf Jahre Zuchthaus, Reimann und Wehnert je drei Jahre Gefängnis zugeteilt.

## Tagesgeschichte.

### Deutschland.

Die Gründung des ständigen internationalen Gerichtshofes. Gestern nachmittag wurde im Haag in Gegenwart der österreichischen Familie, von Mitgliedern der Regierung sowie Vertretern der Vereinigung des Völkerbundes und des diplomatischen Korps der vermauerte internationale Gerichtshof feierlich eröffnet.

Argentinien lauft deutsche Schiffe. Neu er meldet aus Buenos Ayres: Die argentinische Regierung beschloß, von Deutschland zehn Schiffe von je 300 Tonnen anzukaufen. Sie sollen als Flottilschiffe für die Marine Verwendung finden.

Die politische Erziehung des deutschen Volkes. In einem Vortrage über die politische Erziehung des deutschen Volkes sagte der bayrische Ministerpräsident Graf Verchensfeld: daß sie sich an das ganze deutsche Volk wenden müsse. Denn dieses sei heute mit gleichen Rechten am politischen Leben beteiligt. Sie müsse sich nach den besonderen Eigenschaften der einzelnen deutschen Volksstämme richten. Die politische Erziehung müsse die Ursachen begangener Fehler zu befehligen suchen und die Kräfte werden, die das deutsche Volk braucht, um seine Stellung in der Welt zu behaupten. Mit lebhaften Beispielen wurden die Worte des Redners von der Aufrechterhaltung der deutschen Einheit aufgenommen. Die bayrische Volkspartei wollte nichts, was mit der Einheit des deutschen Volkes unvereinbar sei. Graf Verchensfeld warnte vor einer Abenteuerpolitik in dem Augenblide, wo es um die deutsche Ehre ginge, und betonte, daß die Einheit des Volkes auch in sozialer Beziehung bestehen solle.

Zur Flucht des Oberleutnants Tittmar. In der Antwort des Justizministers auf eine Anfrage der Mitglieder der kommunistischen Fraktion im preußischen Landtag wegen der Flucht des Oberleutnants Tittmar wird festgestellt, daß bisher keine Anhaltspunkte für ein Verstauen der Strafanstaltbeamten vorliege. Ein bestimmtes Urteil lasse sich erst nach Abschluß des eingeleiteten Ermittlungsverfahrens abgeben, das mit Nachdruck betrieben werde. Die Kriminalpolizei verfolge mit besonderen Beamten alle Spuren. Sie habe auch Verleumdungen getroffen gegen ein Enkommen Tittmars ins Ausland.

Ein Element. Durch die Presse ging flüchtig die Nachricht, daß die Potsdamer Geistlichkeit belästigt habe, den schweren Krieg in das Kirchengebet einzuführen. Hieraus von den Behörden beim Oberkirchenrat eingegangenen Erkundigungen haben, wie der amtliche preußische Präfekt erfuhr, nun mehr ergeben, daß ein solcher Beschluss niemals vorgelegen hat und nicht vorliegt.

Die Beerdigung der verunglückten Notshelfer. Wie die Presse ging flüchtig die Nachricht, daß die Potsdamer Geistlichkeit belästigt habe, den schweren Krieg in das Kirchengebet einzuführen. Hieraus von den Behörden beim Oberkirchenrat eingegangenen Erkundigungen haben, wie der amtliche preußische Präfekt erfuhr, nun mehr ergeben, daß ein solcher Beschluss niemals vorgelegen hat und nicht vorliegt.

Die Beerdigung der verunglückten Notshelfer. Wie die Presse ging flüchtig die Nachricht, daß die Potsdamer Geistlichkeit belästigt habe, den schweren Krieg in das Kirchengebet einzuführen. Hieraus von den Behörden beim Oberkirchenrat eingegangenen Erkundigungen haben, wie der amtliche preußische Präfekt erfuhr, nun mehr ergeben, daß ein solcher Beschluss niemals vorgelegen hat und nicht vorliegt.

Die Gründung einer Reichsgetreide-A.-G. Im Hauptausschuß des Reichstages beprach am Sonnabend der deutungsländische Abg. Schieß die Gründung einer Reichsgetreide-A.-G. durch die Nationalbank und behauptete, der Sachwert von 3 Millionen für die Reichsverpflegungskämmer sei lächerlich gering. Die Befreiung der Gemeindeschäfte und Genossenschaften scheine nur eine die Gemeindeschäfte des Unternehmens vorstehende Fassade zu sein. — Vom Reichsministerium wurde erwidert, daß sich für eine schnelle, die Reichsinteressen voll berücksichtigende Verwertung aller verfügbar gewordenen Reichsverpflegungskämmer nur eine Gelegenheit geboten habe, nämlich die Gründung einer A.-G. durch die National-

bank, deren Existenz sich gründlich auf die Verwertung der Magazin- und solcher Unterbringungsobjekte erstrecke. Durch Befreiung aller Unterstellungsgegenstände der Truppen und Verbraucher werde die Gesellschaft auf eine möglichst breite Grundlage gestellt, um ihr Leben eine gesetzliche Tendenz als sozialistische Gesellschaftsfamilie zu nehmen. Außerdem beteilige sich das Reich selber in der Gesellschaft zu 25 Prozent. Von einer Monopolstellung kann die verfügbaren Speicherräume nur rund 150 000 Tonnen fallen, während der gesamte Bedarf am Bruttogeschiäft für das Deutsche Reich jährlich 4,5 Millionen Tonnen beträgt. Im übrigen wurde mitgeteilt, daß von den 178 Verpflegungskämmern 75 außer dem Reichsministerium übergegangen seien. 100 blieben noch zu verwalten. Von diesen fielen 25 unter den mit der Landwirtschaft abgeschlossenen Vertrag.

### Republik Österreich.

Der Völkerbund und die finanzielle Wiederanfertigung Österreichs. In einem gestern erschienenen Bericht über die bisherige Tätigkeit des Völkerbundes kommt es das Generalsekretariat u. a. zu dem Projekt des Völkerbundes der finanziellen Wiederanfertigung Österreichs und lebt dabei die Verantwortung darüber ab, daß dieses Projekt noch nicht ausgeführt sei. Verantwortlich dafür ist der grösste dem Völkerbund nicht annehmbare Gläubiger Österreichs (amerikanische), ohne dessen Einwilligung der Plan nicht verwirklicht werden könne.

### Städte.

Neue Unruhen in Wien. Nach einer Meldung aus Klumpe ist es dort Dienstag zu neuen Unruhen gekommen. Am Nachmittag überfielen Baskiten mit Bomben und Gewehren das Postamt. Es entwickelte sich ein blutiger Kampf, in dessen Verlauf es mehrere Tote und Verwundete gab. Die Baskiten rückten aus einem Wagon die Uniformen aus, die für die Polizei bestimmt waren, überfielen sie mit Petroleum und Benzin und setzten sie in Brand. Die Bevölkerung befand sich in großer Unruhe. Viele Familien wollen flüchten. Die Baskiten haben die Ausgänge der Stadt mit Patrouillen besetzt.

### Belgien.

Gebrauchung der Dienstzeit. In Brüssel hat der Nationalrat den Vorschlag Banderveldes mit großer Mehrheit angenommen, wonach die Dienstzeit in Belgien auf ein halbes Jahr herabgesetzt werden soll.

### Frankreich.

Rein Verlust eines Attentats gegen Voynich. Die Tochter Havas erklärt die Blättermeldung, nach der ein Attentat gegen den Ministerpräsidenten Voynich geplant gewesen sei, als unrichtig. Das Gericht sei jedenfalls dadurch entstanden, daß vor einigen Tagen in einem Schrein eine Granate gefunden wurde.

### Österreich.

Die Ausplerrung in Kraft getreten. Die angekündigte große Ausplerrung ist Dienstag abend in Kraft getreten. Sie umfaßt über 100 000 Arbeiter. Dazu kommen etwa 90 000 Arbeitslose. Die Vereinigung der Arbeitgeber hat eine Reihe weiterer Ausplerrungen für alle Betriebe angekündigt, die bisher nicht betroffen worden waren. Die Arbeitersorganisationen überwachten den Streik für eine Reihe von Unternehmungen angekündigt, die von der Ausplerrung ausgenommen worden waren. Die staatliche Schlichtungsbehörde versucht, die Parteien einander näher zu bringen.

### England.

Das Einfahrverbot deutscher Filme aufgehoben. Die Vereinigung der englischen Filmdirektoren hat die sofortige Aufhebung des 1918 auf fünf Jahre erlassenen Verbots der Einfahrt deutscher Filme gefordert.

### Europa.

Die Kirchenschäfe werden zur Viderung der Hungernot verwendet. Das Präsidium des allrussischen Volksausschusses bat am 18. d. M. den Volkskommissar für Kulturnahrung beauftragt, für die nächste Sitzung einen Entwurf zu stellen, der Abgabe der Kirchenschäfe an das Hilfswerk für die Hungernden vorzubereiten. Eine Versammlung der Geistlichen von Kischinowgorod hat auf Antrag des Präsidiums bereit beschlossen, alle wertvollen Gegenstände aus den Kirchen und Klöstern des Bistums dem Hilfswerk auszuhändigen.

### Italien.

Zum Attentat gegen den Minister des Innern. Der wegen des Attentats auf den Minister des Innern verhaftete Kaufmann Landesfeld war als junger Mann wegen eines geplanten Attentats auf ein russisches Kriegsschiff, das im Hafen von Helsingfors lag, verurteilt und ist seitdem zeitweilig gestrickt. Er erklärte, den Minister getötet zu haben, weil er bei Maßnahmen gegen die revolutionären finnischen Elemente nicht energisch genug gewesen sei.

## Die neue Organisation der internationalen Gewehrbefreiung.

Während die internationale Seuchendampfung bis her das in Paris eingerichtete Internationale Gesundheitsamt zum Mittelpunkt hatte, ist auf der Internationalen Hygiene-Konferenz des Völkerbundes die Organisation auf eine ganz neue Grundlage gestellt worden. Wie Oberregierungsrat Greizer in der "Deutschen Medizinischen Wochenschrift" ausführt, soll diese neue ständige Hygiene-Organisation beim Völkerbund die Aufgaben haben:

1. den Völkerbund in allen gesundheitlichen Fragen zu beraten.
2. die Gesundheitsbehörden der verschiedenen Länder in engeren Beziehungen zu bringen.
3. eine größere Schnelligkeit des Nachrichtenaustausches zu erzielen, um unverzüglich Maßnahmen erzielbar zu können.

4. internationale Ablösungen auf gesundheitlichen Gebieten zu beobachten, sowie praktisch mit den verschiedenen sozialistischen Körpern und Gesellschaften zusammenzuarbeiten und Studienmissionen zu entsenden.

Die Gesundheitsabteilung beim Völkerbund besteht aus der Generalkommission, der ständigen Technischen Kommission und dem Völkerbundamt für Gesundheitswesen. Der Sitz des Völkerbundamts ist Genf. Die nächsten Aufgaben der Organisation bestehen sich auf die Frage der Abwehrmaßnahmen gegenüber Seehäfen, in denen Rattenpest herrscht und eine regelmäßige Rattenvertilgung einschließlich werden soll. Auch die Frage über die Bevölkerungsbefreiungsträger ist noch zu klären, und sodann besteht der Wunsch, die Völker und das Menschenbild zum Gegenstand internationaler Abmachungen zu machen.

## Die kluge Hausfrau

mocht sie, die Erfahrungen anderer zu nutzen und kaufst nur bis millionenfach bewährte **Wauau & Hanschalturken**. Werberat zu haben.



# Zentral-Lichtspiel-Theater Gröba.

Heute unübertrafbar leichter Tag: „Das Panzergleich VI. Teil“, sowie Gesch. Werke im Film „Gletschertypen“.

Ab Freitag bis Montag:

# Die schwarze Pantherin

Schauspiel in 6 Akten. Nach dem Drama „Das Pantherweib“.

Ferner: „Ihr Spitzens-Mädchen“, erstklassiges Lustspiel in 3 Akten.

Vorführungen werktags ab 7 Uhr. — Eintritt 50 Pf. Uhr.

Gemütes ab 2 bis 4 Uhr große Jugend- und Familien-Vorführungen.

Bei Aufführung gelangt der herrliche Märchenfilm: „Der kleine Wind“.

Um gütigen Aufspruch bittet die Besucherin Anna Bach.

## Kammerlichtspiele

Hauptstraße

Nur noch heute können die zwei gewaltigen kulturbitterlichen Filmwerke „Das Geist der schwarzen Tulpe“ sowie „Die Maske des Todes“ I. Teil (Der Mann mit dem Silberstiel) gesehen werden.

Ab morgen bis Montag der große Monumental-Gesellschafts-Sittenfilm

## ■■ Der Unmensch ■■

mit Karl Götz, dem bekannten Darsteller des Films „Der Vogel im Käfig“. Außerdem:

## Die Maske des Todes II. Teil

### Das Geheimnis der Zisterne

Hauptrolle: Hans Mierendorf und Margit Barnay. Auch für diejenigen verständlich, welche den ersten Teil nicht gesehen haben. Kasse geöffnet werktags ab 17 Uhr. Anfang 7 Uhr. Kassenabschluss 9 Uhr. Um recht gedenkten Aufspruch bittet der Besucher R. Mares.

Voranzeige! Ab Dienstag „Der Eid des Steffan Huller“ 1. Teil.

Gutgeheizter Saal.

## Metallbetten

Stahlmatratzen Kinderbetten  
dirt. an Preis. Katalog 49T frei.  
Hausmöbelfabrik Stahl (Thür.).

Raupe jeden Worts Häuse,  
Enten- und Hühnerfedern  
gerissen und ungerissen, zu  
können Preisen. Off. unter  
8 T 8419 an das Tgbl. Meile.

Kleiner Kessel  
und Schnittbank an ver-  
taulichen Stauchis Nr. 19.

Gebr. anterh. Sachse 21, m.  
Drillmaschine

(25 Schafe) bill. zu verkaufen  
Ritterant. Seehausen  
bei Meile.

Gebr. Hobelbank  
zu kaufen gesucht  
Weida, Schillerstr. 17.

Gebr. Grammophon  
m. 10 Platten bill. zu ver-  
kaufen. Au erst. im Taubelkloß Meile.

Eine gr. 2 jähr.  
hochtrag. Ziege  
verkauft Sachse 50 d.

## Vereinsnachrichten

Chorverein. Heute 8 Uhr nicht Elbterrasse, sondern Aula.  
Freie Vereinigung chem. 103er. Sonnabend 8 Uhr Versammlung im Goldnen Löwen. Wicht. Tagesordnung.  
Turnverein Meile. Sonntag Nachfeier in Paustz.  
Radt. Verein Wanderer. Sonntags 1/4 Uhr im Löwen.

## Einladung.

Sonnabend, 18. Februar, findet im Wettiner Hof, Meile, unter

## Vergrüßen

statt, wozu wir das Gesamtpersonal nebst Angehörigen  
nochmals herzlich einladen. Anfang 6 Uhr.

Riesaer Waggonfabrik Zeidler & Co.

Der Vergrüßen-Auditsch.

## Zusammenlegungsgenossenschaft Gröba.

Montag, 27. Februar, abends 1/4 Uhr findet die

## Hauptversammlung

in Robert Böhmes Restaurant statt.

Tagesordnung:

1. Vorlegung der Jahresrechnung, 2. Freie Anträge.

Gröba, 16. Februar 1922. Der Vorstand.

## Prima Fahrradmäntel 95—110 M.

mit u. Schönheitsfehler, verkauf, solange Vorrat reicht,

Winkler, Hauptstr. 73.

## Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt in Leipzig.

Die außerordentliche Generalversammlung unserer Aktionäre vom 24. Januar 1922 hat die Erhöhung des Grundkapitals unserer Gesellschaft um M. 180 000 000.— von M. 220 000 000.— auf M. 400 000 000.— unter Ausschluß des gesetzlichen Bezugsgrechtes der Aktionäre beschlossen und zwar durch Ausgabe von 180 000 Stück auf den Inhaber und über je M. 1000.— lautenden neuen Aktien.

Von den neuen, ab 1. Januar 1922 dividendenberechtigten Aktien sind nom. M. 44 000 000.— der Direction der Disconto-Gesellschaft in Berlin überlassen worden mit der Verpflichtung, diesen Betrag den alten Aktionären unter Abwendung einer mindestens dreiwöchigen Frist derart zum Bezuge anzubieten, daß auf je nom. M. 5000.— eine Aktie eine neue Aktie über nom. M. 1000.— zum Kurse von 175%, gegen sofortige Vollzahlung bezogen werden kann.

Nachdem die durchgeführte Kapitalerhöhung in das Handelsregister eingetragen worden ist, fordern wir hiermit namens der Direction der Disconto-Gesellschaft in Berlin die Aktionäre unserer Gesellschaft auf, das Bezugsgrecht unter folgenden Bedingungen auszuüben:

Die Anmeldung muß bei Vermeidung des Ausschlusses bis zum 8. März 1922 einschließlich

bei unserer Hauptabteilung Brühl 75/77 oder bei unserer Abteilung Becker & Co., Hainstraße 2, in Leipzig, sowie bei unseren Zweigstellen und Depotskassen.

Bei der Direction der Disconto-Gesellschaft in Berlin und ihren Filialen Bielefeld, Bremen, Dresden, Elberfeld, Esslingen, Frankfurt a. M., Hannover,

Königsberg i. Pr., Lübeck, Magdeburg, Münster, Nürnberg, Stettin, Stuttgart,

dem Bankhaus Altenburg & Lindemann in Naumburg a. S.

der Anhalt-Dessauischen Landesbank in Dessau,

Bank für Thüringen vormalig B. W. Grumbk. Aktiengesellschaft in Meiningen,

dem Barmer Bankverein Hinsberg, Böhr & Comp. in Barmen,

der Bayerischen Disconto- und Wechselbank A.-G. in Nürnberg,

Bayerischen Hypotheken- und Wechselbank A.-G. in München,

dem Norddeutschen Bank in Hamburg, Hamburg,

dem A. Schaffhausen'schen Bankverein A.-G. in Köln und seinen Filialen in Aachen, Düsseldorf und Krefeld,

der Süddeutschen Disconto-Gesellschaft A.-G. in Mannheim,

dem Bankhaus S. Wolfson & Co. in Russo (Elbe),

unter Einreichung eines mit zahlmäßig geordnetem Nummernverzeichnis versehenen Anmeldeblattes, der bei den Bezugsstellen in Empfang genommen werden kann, während

der bei jeder Stelle üblichen Geldstückstunden erfolgen.

Die Ausübung des Bezugsgrechtes ist bei der Allgemeinen Deutschen Credit-Anstalt in Leipzig und ihren Zweigniederlassungen sowie an den Schulen der übrigen Bezugsstellen provisoriert. Soweit bei letzteren die Ausübung des Bezugsgrechtes jedoch im Wege der Korrespondenz erfolgt, werden diese die übliche Bezugspension in Rechnung

bringen. Auf je nom. M. 5000.— ohne Gewinnanteilshinweis eingeschriebene alte Aktien

wird eine neue, ab 1. Januar 1922 gewinnberechtigte Aktie über nom. M. 1000.— zum Kurs von 175% gewährt. Der Bezugspunkt von 175% — M. 1750.— für jede bezogene neue Aktie ist zugleich des Schlussnotenstempels bei der Anmeldung sofort bar zu entrichten. Eine etwaige Steuer auf die Ausübung von Bezugsgerechten hat der beziehende Aktionär zu tragen.

Gegen Zahlung des Bezugspreises werden zunächst Kassenquittungen ausgegeben, die nach Fertigstellung der neuen Aktien gegen diese umgetauschen sind. Der Zeitpunkt der Ausgabe der neuen Aktien wird bekanntgegeben werden. Die Bezugsstellen sind bereit-

tigt, aber nicht verpflichtet, die Legitimation des Vorzeigers der Kassenquittung zu prüfen.

Den An- und Verkauf von Bezugsgerechten sowie Bezugsgerechtsamkeiten vermittelten die

Anmeldestellen.

Leipzig, im Februar 1922.

Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt.

# Die schwarze Pantherin

Schauspiel in 6 Akten. Nach dem Drama „Das Pantherweib“.

Ferner: „Ihr Spitzens-Mädchen“, erstklassiges Lustspiel in 3 Akten.

Vorführungen werktags ab 7 Uhr. — Eintritt 50 Pf. Uhr.

Gemütes ab 2 bis 4 Uhr große Jugend- und Familien-Vorführungen.

Bei Aufführung gelangt der herrliche Märchenfilm: „Der kleine Wind“.

Um gütigen Aufspruch bittet die Besucherin Anna Bach.

Deutsch großes öffentliches

## Maskenfest in Riesa

Sonnabend, 18. Februar

in dem herrl. dekorirten Saale des Hotel a. Stern.

Geübte Beleuchtung! — Halbdunkles schneidige Musik (2 Kapellen).

Lebenslauben — Schnellwinkel — Weindiele — Condorelli-Büttell u. a. m.

Prämierung: Die schönen Herren- und Damenmaske je M. 100.—; die originelle Herren- u. Damenmaske je M. 50.—. Punkt 10 Uhr Eingang des Palais Garnier.

Nachdem Prämierung und Demobilierung.

Preise für Masken M. 20.—, für Zuschauer (Saal) M. 10.—, für Zuschauer (Galerie) M. 6.—. Steuer extra. Karten bitten zu entnehmen im Hotel Stern und bei den Herren: Königin, Großenbacher Str., Böhni, Hoffmann, Bla-Welsch, Bismarckstr., Curt Winkler, Bäckermeister, Goebel, Curt Juttin, Schnedermesser, Bismarckstr., u. Böderlein, Goldner Engel. Anfang 7 Uhr. Schützengefecht Meile.

Maskegarderobe ab Freitag mittag im Stern. — Maskenabzeichen aller Art ab Sonnabend abend im Stern-Saal. — Zuschauer im Saal müssen Maskenabzeichen tragen.

Au! Einweihung der Landstiele. — Sonntag ab 4 Uhr im Stern Nachfeier.

## Sieberts Restaurant

Telefon 298.

Freitag, 17. 2. Nacht-Schlachtfest.

Von 5 Uhr an Wellfleisch, Bratwurst mit Kraut und Leberwurst.

Freitag, Sonnabend und Sonntag

Bockbier-Ausschank.

Humoristische Unterhaltung.

Um gütige Unterstützung bitten Paul Siebert u. Frau.

## Goldener Löwe.

Morgen Freitag und folgende Tage

großer Bockbierausschank

mit musikalischer Unterhaltung.

W. Hochwürd. Stoff hoch. Rettich gratis.

Um gütigen Aufspruch bitten Carl Lehmann u. Frau.

## Hafenschänke Gröba

Sonnabend, 18. Februar, Nacht-Schlachtfest.

Von 6 Uhr an Wellfleisch, Bratw. m. Kraut, fr. Wurst.

Sonnabend, Sonntag und Montag

Bockbierausschank.

Um gütige Unterstützung bitten Ernst Albrecht und Frau.

## Achtung! Gasthof Weida.

Freitag, den 17. Februar, abends 9 Uhr

große Zauber- und Varietévorstellung.

Eintritt: Erwachsene 3.—, Kinder 1.50 M.

Es lädt ein die Direction. Winkler.

## Wissung „Moccafan“

zusammengesetzt aus

25% reinem Bohnenkaffee

75% bestem Kaffee-Ersatz

ist ein hochseines, aromatisches und nach Kräfte schmeckendes Familiengericht.

Preis pro 1 Pfund M. 20.—.

## Riesaer Kaffee-Röslwerk Adolf Bormann

Wettinerstr. 25 — Telefon 444.

## Gertrud Gläser — Kurt Wilde

Berlobte

Oberbobritzsch

15. Februar 1922.

## Ein strammer Junge

angekommen.

Diplom-Ingenieur Heinrich Achenbach

und Frau Tina geb. Arp.

Gröba, 16

# Das Vertrauensvotum im Reichstag mit 220 gegen 185 Stimmen angenommen.

**Deutscher Reichstag.**

**Stimmungsbild.**

Der große Tag der Entscheidung über das Schicksal des Kabinetts Wirth ist gekommen. Der Sitzungssaal des Reichstags macht zunächst nicht den Eindruck eines "rohen Zuges". Langsam und kaum beachtet ziehen sich die Reden über das Reichsmietengesetz dahin. Aber während im Hause langwierige Abstimmung herrscht, wird zwischen den Parteien noch immer eifrig verhandelt. Man stimmt das Vertrauensvotum zuerst, mit dem bemüht Herr Wirth nach genau loben soll. Um 14 Uhr wird die Beratung des Reichsmietengesetzes unterbrochen und es folgt nach einer kurzen Pause die Abstimmung über das Vertrauensvotum und die fünf Mitherausvoten. Der Saal und die Ministerkabinete haben sich inzwischen gefüllt. Auf eine Anfrage des deutchnationalen Führers Hergt antwortet der Reichskanzler, daß ihm das Vertrauensvotum der Mehrheitsparteien genüge, da es eine Bildung der gesamten Politik einschließlich der Außenpolitik enthalte. Nachdem die Parteien dann in Erklärungen ihre Stellung zu dem Vertrauensvotum und den Mitherausvoten festgestellt haben, erhebt die Lage der Reichsregierung außerordentlich gefährdet, da nur Zentrum, Demokraten und Mehrheitssozialisten sich für sie erklären und die bayerische Volkspartei Stimmenthaltung proklamiert. Nur nach 5 Uhr tritt der Reichstag in die entscheidende Abstimmung ein.

Der Reichstagspräsident verkündet, daß die Vertrauenserklärung der Koalitionsparteien die weitreichende sei und darum die vier Mitherausverträge im Falle ihrer Annahme als erledigt zu gelten haben. Trotzdem Herr Ledebour als erledigt erachtet, bleibt es dabei. Es werden im ganzen bei 18 Stimmenthaltungen 431 Stimmen abgegeben. Mit größerer Spannung ist im Reichstag seitens das Ergebnis einer Abstimmung erwartet worden, wie diesmal. Es wird unter lautlosem Stille verlauten: 220 Stimmen für die Vertrauenserklärung, 185 gegen sie. Auf der einen Seite haben sich offenbar auch einige Mitglieder der bayerischen Volkspartei den in geschlossenen Reihen aufmarschierten Koalitionsparteien angeschlossen. Auf der Gegenseite sind, so scheint es, lediglich die Deutchnationalen und die Kommunisten in voller Zahl bei dem Plan erschienen. Man berechnet, daß zweitens bei der U.S.D. und vielleicht doch auch bei der Deutschen Volkspartei Stimmenthaltungen vorgenommen seien, denn wäre von der Opposition nicht doch mancher Stein abgebrockt, so hätte sie es ungefähr auf 225 Stimmen bringen müssen. Die Majorität von 35 Stimmen ist offenbar größer als man sie auf den Wahlen der Koalition nach dem Abwurf erhofft hatte. Die Regierungskanzler kommt in Aufrütteln. Der schwere Kampf, durch viele Unentschließungen noch unnötigerweise verschärft, ist leidlich überstanden. Auf der Rechten freilich ist man darüber anderer Ansicht.

## Sitzungsbericht.

wb. Berlin, 15. Februar.

In der heutigen Sitzung des Reichstags wurde die Beratung des

**Reichsmietengesetzes**

fortgesetzt.

Eingegangen ist dazu ein Kompromißantrag der Sozialdemokraten, des Zentrums, der Unabhängigen und einiger Demokraten. In diesem ist besonders vorgesehen, daß der Reparaturausfall zunächst lediglich für große Instandsetzungsarbeiten an den Gebäuden des Vermieters zu verwenden ist. Gemeinden können mit Zustimmung der obersten Bundesbehörde einen Ausgleichsland für große Instandsetzungsarbeiten einrichten, aus dem wirtschaftlich Schwache bedacht werden können.

Abg. Bahr (Dem.) erklärt, über die Ausbildung der Wohnungswirtschaft sei seine Fraktion geteilter Ansicht, ein Teil trete für ihre sofortige Aufhebung ein, ein anderer wolle ihr erst in einigen Jahren nähertreten. Keine Freude werde niemand an dem Gesetz haben. Trotzdem müsse sein Scheiter verhindert werden.

Abg. Jaud (Bayer. Wp.) hält den Entwurf nicht für durchführbar, weil er nicht auf den Grundsätzen der Praxis aufgebaut sei. Er sei nur dazu da, eine neue Unruhe von Beamten zu schaffen. Seine Partei lehne den Entwurf ab.

Ministerialdirektor Dr. Ritter: Der Entwurf ist vom Reichsrat mit Zustimmung des Vertreters der Länder angenommen worden, der Vorschlag, als stamme er wieder einmal aus Berlin, ist damit hinfällig. Nicht ein einziger Reichsbeamter wird durch dieses Gesetz mehr benötigt werden. Der Beamtenapparat wird so knapp wie möglich gehalten werden. Auf Neubauten findet das Gesetz keine Anwendung.

Abg. Teuber (Komm. A. G.) lehnt das Gesetz ab, weil es alle Kosten den Bürgern auferlegt.

Auf Vorschlag des Präsidenten unterbricht das Haus nunmehr die weitere Beratung des Reichsmietengesetzes und schreitet zur

## Abstimmung über das Vertrauensvotum

bzw. die Mitherausvoten.

Nach einer Pause von zehn Minuten wird die Beratung über die Erklärung der Reichsregierung zum Eisenbahnerstreik wieder aufgenommen. Inzwischen hat sich der Saal fast bis auf den letzten Platz gefüllt, während um Regierungssicht die Mitglieder des Kabinetts mit dem Reichskanzler Platz genommen haben.

Abg. Hergt (Dnat.): erläutert an die in feierlicher Weise vom Reichskanzler gelesene förmliche Vertrauensrede, die ein positives Vertrauensvotum verlangt habe, um Klarheit zur Weiterführung seiner politischen Arbeit zu bringen. Für die heutige Abstimmung sei es daher von außerordentlicher Bedeutung, ob der Antrag, der inzwischen von den Regierungsparteien gestellt sei, tatsächlich den Wünschen des Reichskanzlers und den von ihm für das Vertrauensvotum aufgestellten Richtlinien entspreche. Nach seiner Meinung sei das nicht der Fall (Rachen links). Der Meinungskampf der letzten Tage habe sich aber nicht nur auf die Erklärungen der Reichsregierung bezogen, sondern auch auf das Verhalten des Reichskanzlers zur Streitfrage. Der Antrag enthalte nichts davon, ein politisches Vertrauen für die Reichsregierung oder den Reichskanzler auszusprechen. Er frage daher den Reichskanzler, ob er trotz dieser Bedenken gleichwohl der Meinung sei, daß dieser Antrag der Regierungsparteien den von ihm selbst aufgestellten Voraussetzungen entspreche, d. h. ob er in dem Antrag der Regierungsparteien Klarheit und ein positives Vertrauensvotum erkläre, das ihm ermöglichen würde, die politische Arbeit weiterzuführen. (Rachen links.)

Abg. Grisböck (Unabh.):

Die Eisenbahnerkraft ist ökonomisch proletarisiert und muß die Räume der Arbeiterschaft mitmachen. Gegen diese Be-

wegung geht die Reichsregierung mit Ausnahmemöglichkeiten vor. Der Reichskanzler hat in seiner ersten Rede ebenso wie die Minister Hermann und Groener sehr gemacht. Der Abstundentag ist angekündigt worden. Neben Maßregelungen an Beamten, Angestellten und Arbeitern geben uns fortwährend neue Meldungen zu. Die höhere Bürokratie weist auf die Richtlinien der Regierung und geht wie ein Schriftsteller der Industrie vor. Schwarze Listen über die am Streik Beteiligten werden bei verschiedenen Institutionen angelegt, und das in der freien Republik der Welt. Damit soll in aller Zukunft die Bürokratie betrieben werden. Die Richtlinien müssen nachgeprüft werden. Weiter fordern wir Aufhebung der ausgeschriebenen Kündigungen und Entlassungen und Strafversäben. Die Reichsgewerkschaft der Eisenbahner ist eine gerüstlich eingetragene Organisation. Ihre Statuten sind damit bekannt, und in ihnen ist die Streitmöglichkeit gewahrt. Wir lehnen das Vertrauensvotum ab, können es auch nicht durch Stimmenthaltung dulden. Die bürgerlichen Parteien wollen jetzt die Regierung unterstützen in ihrem Vorgehen gegen die Arbeiterschaft. (Rachen bei den Bürgerlichen.) Ein politisches, klares Vertrauensvotum ist nicht beantragt. Es besteht hier nur auf den Eisenbahnerstreik. Uns liegt nichts an einer Ministerkürze. Die kapitalistischen Kreise wollen den Kampf, sie sollen ihn haben. Das gesamte Proletariat, Angestellte und Beamte, würden sich als unüberwindliche Macht darstellen.

**Reichskanzler Dr. Wirth:**

Der Abg. Hergt hat an mich die Frage gerichtet, wie der Antrag der Regierungsparteien vorstehe. Zunächst ist es Aufgabe der Regierungsparteien selbst, wenn sie es für richtig halten, zu dem Sinn des Antrages Stellung zu nehmen. Für mich ist der Sinn ganz klar — ich spreche es aufrichtig aus. Es werden die Erklärungen abgelehnt, die die Regierung abgegeben hat. Lesen Sie die Erklärungen nach. Es sind drei. Die erste Erklärung, die auch formal als solche gekennzeichnet war, die zweite und die dritte, von Ihnen als besonders feierlich bezeichnete Erklärung. Ausgangspunkt meiner ersten Darlegung war nicht etwa ein innerpolitischer Streit, sondern Ausgangspunkt auch der gesamten Stellung der Regierung zu dem damaligen Streit war die Gesamtlage unseres Vaterlandes. (Sehr richtig!) Und in dieser Gesamtlage unseres Vaterlandes spielt die Beurteilung der auswärtigen Politik die Hauptrolle. (Sehr wahr!) Wer also heute zu diesem Votum Stellung nimmt, muß sich darüber ganz klar sein, daß er auch ein Urteil über die Gesamtpolitik der Regierung ausspricht. Um dieses Urteil bitte ich Sie, dann ist Klarheit geschaffen.

**Reichsverkehrsminister Groener**

(von den Kommunisten mit dem Rufe: "Gundsfott!" empfangen): Bei den Plägen über Massendisziplinierungen handelt es sich um Verbündungen, die in den ersten Streittagen erlassen sind. Nachher ist verfügt worden, daß zunächst zu prüfen sei, ob der Verdacht einer unter die Richtlinien (Ritter 1) fallenden Ungehorsamschaft hinreichend gegeben ist. Trifft das nicht zu, so ist entsprechend dem § 97 und 98 des Reichsbeamtenrechtes die Einschaltung des Verfahrens zu beantragen. Ferner ist verfügt worden, daß, wenn ein Beamter bereits entlassen ist wegen einer nicht unter Ritter 1 der Richtlinien fallenden Pflichtverletzung, die Entlassung durch die Stelle aufzunehmen ist, die sie ausgetrieben hat. (Hört! hört! b. d. Soz.) Hierdurch wird der Beamte in seine bisherigen Rechte wieder eingesetzt. Ebenso ist verfügt worden, daß sogenannte Mittläufer, die nur der Parole gefolgt sind, in den Dienst wieder aufgenommen werden. (Hört! hört!)

Abg. Dr. Petersen (Dem.):

Die Demokratische Volkspartei hält die Behauptung, daß zwischen den Worten und Taten der Regierung ein Widerspruch vorliege, für durch nichts erwiesen. Sie lehnt es ab, die Stellung durch hältlose Kombinationen beeinflussen zu lassen, sie hält es für die Pflicht der Partei, sich an die Erklärungen der Regierungspartei im Parlament zu halten.

Die Redner der beiden konservativen Parteien Dr. Levi (Komm. Arbeitsgemeinschaft) und Rothen (Komm.) betonen, daß sie auf ihrem Mitheraus gegen die Regierung beharrten und bringen dies besonders dem Minister Groener entgegen.

Abg. Dittmann (Unabh.):

wiederholt nochmals, daß der Antrag seiner Partei sich lediglich auf das Verhalten der Regierung zum Eisenbahnerstreik beziehe, nicht aber auf die Außenpolitik des Kabinetts, die sie auch heute unterstützen. Aber sie werde genau das Vertrauensvotum stimmen, weil sie die schwärmächerischen Nieder der Regierung mißbillige.

Abg. Leicht (Bayer. Wp.):

erklärt, daß seine Fraktion sich der Abstimmung enthalten werde, um nicht den Anschein zu erwecken, als ob sie die Innenpolitik, namentlich Bayern gegenüber in allen Teilen billigen.

Abg. Müller-Franken (Soz.):

Wer nicht mit Blindheit geschlagen ist, muß begreifen, daß das ganze Mandat, das hier innehalt wurde, nur den Zweck hat, aus außenpolitischen Gründen das Kabinett zu stützen.

Abg. Marx (S.):

schließt sich den Ausführungen Dr. Petersen und Müller-Franken an. Es unterliege keinem Zweifel, daß das Votum über die Bedeutung der Frage des Streits hinausgeht. Das Ergebnis der Abstimmung ist von außenpolitischer Bedeutung und muß nach seiner Meinung zugunsten des Antrags der Regierungspartei ausfallen.

Die Verbreitung schließt damit.

Präsident Löbe schlägt vor, zunächst namentlich über den Antrag der Koalitionsparteien abzustimmen. Würde diese Abstimmung zugunsten der Regierung ausfallen, so wären damit alle anderen Anträge erledigt. Letzteres würde aber auch im Falle der Nichtannahme des Antrags der Koalitionsparteien der Fall sein, da ja dann das Kabinett zurücktreten müsste.

Das Haus beschließt mit großer Mehrheit nach dem Antrag des Präsidenten.

## Die Anträge der Parteien.

Zur Abstimmung liegen folgende Anträge vor:  
1. von Zentrum, von den Demokraten und Sozialdemokraten unterzeichnete Vertrauensantrag:

Der Reichstag billigt die Erklärungen  
der Reichsregierung.

Ferner beantragen die Deutchnationalen, der Regierung das Vertrauen zu versagen, weil sie durch ihre bisherige schwächliche Haltung und den ungünstigen Schluß des plakativen Vertrags am Ausbruch des Eisenbahnerstreiks selbst mit schuldig sei, außerdem angesichts der Tat-

sache, daß beim Eisenbahnerstreik die Taten des Reichskanzlers nicht mit seinen Worten übereinstimmen.

Nach dem Votum der Deutschen Volkspartei mißbilligt der Reichstag, daß der Reichskanzler die Verordnung des Reichspräsidenten vom 1. d. M. gegen offensichtliche Verhältnisse nicht angewandt und ferner vor Beendigung des Streiks mit den Führern der Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnerbeamten verhandelt habe, über dies in Bezug auf die disziplinarische Behandlung von Dienstverstößen aufzogen gemacht habe, die gezeigt seien, die Autorität des Staates zu gefährden.

Der Anteil der Unabhängigen mißbilligt den Erlass einer Ausschlußverordnung gegen die treibenden Eisenbahnerbeamten, ferner mißbilligt er, daß dadurch das Recht der Beamten aufgehoben und bei Abstundentag angekündigt worden sei, daß die Regierung Verhandlungen abgelehnt habe und streitende Beamte diszipliniere.

Die Kommunisten stellen zu dem Votum der Unabhängigen folgenden Zusatzantrag: Die Erklärungen der Reichsregierung entsprechen nicht den Antritten des Reichstages.

In namentlicher Abstimmung wird der oben mitgeteilte Vertrauensantrag des Zentrums, der Demokraten und der Sozialdemokraten mit 230 gegen 185 Stimmen bei 16 Stimmenthaltungen angenommen. (Deutsche Bravorufe, Handklopfen, Klatschen auch auf den Tribünen.) Dagegen stimmen die beiden Mächtigparteien, die Unabhängigen und die kommunistischen Parteien, es enthalten sich bayerische Volkspartei und der bayerische Bauernbund.

Damit sind die Mitherausvoten erledigt. Die Anträge auf Aufhebung der Verhaftungen, der Geldbeschlagnahme und Rückzahlung der Disziplinarstrafe werden abgelehnt. Große Unruhe im ganzen Hause, die andauert, während der vorhin unterbrochene Beratung gegenstand (Reichsmietengesetz) fortgesetzt wird.

Abg. Heidemann (Komm.): Der Guttag ist ein ganz elender Kompromiß. In seinem Lande der Welt sind die Arbeitnehmerverhältnisse so schlecht wie bei uns, dabei bringt der bayerische Arbeiter weit höhere Arbeitsbezüge auf als der ausländische.

Nach einer weiteren Debatte, in der Abg. Niemann (S.) sich für die Ablehnung des Entwurfs ausspricht, wird die Weiterberatung am Donnerstag nachmittag 2 Uhr verlegt. Präsident Löbe teilt mit, daß bei Beendigung der namentlichen Abstimmung ein Rechtsstreit unterlaufen sei. Mit Ja hätten 220 Abgeordnete gestimmt. Demgegenüber haben mit Nein gestimmt, 185 sich der Abstimmung enthalten. Schluß gegen 7 Uhr.

## Zur Abstimmung im Reichstag.

Wie D.T.V. hört, haben die 213 anwesenden Mitglieder der Regierungspartei mit Ja abgestimmt, ferner die 4 Bauernbündler sowie die Abgeordneten Schämer, Vorjoch und Dr. Deermann von der Bayerischen Volkspartei.

## Eine Erklärung der Deutschen Volkspartei.

Die Fraktion der Deutschen Volkspartei veröffentlicht eine Erklärung, worin es heißt: Auf Veranlassung Spohns wurden Dienstag Vertreter der Deutschen Volkspartei zu einer Sitzung in die Reichskanzlei eingeladen, an welcher der Reichskanzler und je zwei Vertreter des Zentrums, der Demokraten und Sozialdemokraten teilnahmen. Bei der Zusammenkunft wurde die innenpolitische Lage beraten. Von Zentrum und von den Demokraten wurde auf die Notwendigkeit der Schaffung einer durch den Beitritt der Deutschen Volkspartei erweiterten Regierungsbasis hingewiesen. Die Vertreter der Deutschen Volkspartei erklärten, daß eine Zurücknahme des persönlich auf den Reichskanzler ausgeübten Mitherausvotans auch dann nicht in Frage komme, wenn man dem Vertrauensvotum noch weiter eine abschwächende Beurteilung gebe. Ihre Auffassung nach könnte nur dann die Frage des Mitherausvotans erörtert werden, wenn sich vor der Abstimmung eine neue Regierung gebildet habe. Dann würde eine neue Lage geschaffen sein, zu der dann die Fraktion der Deutschen Volkspartei erneut Stellung zu nehmen habe. Die Vertreter der Sozialdemokratie erklärten sich bereit, die angekündigte Frage in ihrer Fraktion zu erörtern. Nachdem zuwischen der Beschlüsse der Sozialdemokratie erörtert worden ist, daß die Abstimmung der Mitherausvotans auch dann nicht in Frage komme, wenn man dem Vertrauensvotum noch weiter eine abschwächende Beurteilung gebe. Ihre Auffassung nach könnte nur dann die Frage des Mitherausvotans erörtert werden, wenn sich vor der Abstimmung eine neue Regierung gebildet habe. Danach würde eine neue Lage geschaffen sein, zu der dann die Fraktion der Deutschen Volkspartei erneut Stellung zu nehmen habe. Die Vertreter der Sozialdemokratie erklärten sich bereit, die angekündigte Frage in ihrer Fraktion zu erörtern. Nachdem zuwischen der Beschlüsse der Sozialdemokratie erörtert worden ist, daß die Abstimmung der Mitherausvotans auch dann nicht in Frage komme, wenn man dem Vertrauensvotum noch weiter eine abschwächende Beurteilung gebe. Ihre Auffassung nach könnte nur dann die Frage des Mitherausvotans erörtert werden, wenn sich vor der Abstimmung eine neue Regierung gebildet habe. Danach würde eine neue Lage geschaffen sein, zu der dann die Fraktion der Deutschen Volkspartei erneut Stellung zu nehmen habe. Die Vertreter der Sozialdemokratie erklärten sich bereit, die angekündigte Frage in ihrer Fraktion zu erörtern. Nachdem zuwischen der Beschlüsse der Sozialdemokratie erörtert worden ist, daß die Abstimmung der Mitherausvotans auch dann nicht in Frage komme, wenn man dem Vertrauensvotum noch weiter eine abschwächende Beurteilung gebe. Ihre Auffassung nach könnte nur dann die Frage des Mitherausvotans erörtert werden, wenn sich vor der Abstimmung eine neue Regierung gebildet habe. Danach würde eine neue Lage geschaffen sein, zu der dann die Fraktion der Deutschen Volkspartei erneut Stellung zu nehmen habe. Die Vertreter der Sozialdemokratie erklärten sich bereit, die angekündigte Frage in ihrer Fraktion zu erörtern. Nachdem zuwischen der Beschlüsse der Sozialdemokratie erörtert worden ist, daß die Abstimmung der Mitherausvotans auch dann nicht in Frage komme, wenn man dem Vertrauensvotum noch weiter eine abschwächende Beurteilung gebe. Ihre Auffassung nach könnte nur dann die Frage des Mitherausvotans erörtert werden, wenn sich vor der Abstimmung eine neue Regierung gebildet habe. Danach würde eine neue Lage geschaffen sein, zu der dann die Fraktion der Deutschen Volkspartei erneut Stellung zu nehmen habe. Die Vertreter der Sozialdemokratie erklärten sich bereit, die angekündigte Frage in ihrer Fraktion zu erörtern. Nachdem zuwischen der Beschlüsse der Sozialdemokratie erörtert worden ist, daß die Abstimmung der Mitherausvotans auch dann nicht in Frage komme, wenn man dem Vertrauensvotum noch weiter eine abschwächende Beurteilung gebe. Ihre Auffassung nach könnte nur dann die Frage des Mitherausvotans erörtert werden, wenn sich vor der Abstimmung eine neue Regierung gebildet habe. Danach würde eine neue Lage geschaffen sein, zu der dann die Fraktion der Deutschen Volkspartei erneut Stellung zu nehmen habe. Die Vertreter der Sozialdemokratie erklärten sich bereit, die angekündigte Frage in ihrer Fraktion zu erörtern. Nachdem zuwischen der Beschlüsse der Sozialdemokratie erörtert worden ist, daß die Abstimmung der Mitherausvotans auch dann nicht in Frage komme, wenn man dem Vertrauensvotum noch weiter eine abschwächende Beurteilung gebe. Ihre Auffassung nach könnte nur dann die Frage des Mitherausvotans erörtert werden, wenn sich vor der Abstimmung eine neue Regierung gebildet habe. Danach würde eine neue Lage geschaffen sein, zu der dann die Fraktion der Deutschen Volkspartei erneut Stellung zu nehmen habe. Die Vertreter der Sozialdemokratie erklärten sich bereit, die angekündigte Frage in ihrer

## Die Rede Galonders.

Aus Genua wird gemeldet: Die jetzt im Wortlaut vorliegende Rede des Präsidenten Galonder bei Eröffnung der deutsch-polnischen Verhandlungen ist vor allem von dem Gedanken beherrscht, daß möglichst eine direkte und völlige Einigung zwischen beiden Parteien zu erzielen sei unter Vermeidung des sonst notwendigen Entscheides des Präsidenten. Eine solche vollständige Einigung hält Galonder auf Grund seiner Erfahrungen in Oberösterreich für möglich. Er betrachtet das Problem unter dem Gesichtspunkte der praktischen Interessen beider Staaten. Er habe die Neuerungen gewonnen, daß zwischen den beiden Ländern keine Interessengesänge bestehen, die so stark seien, um eine Einigung unmöglich zu machen. Die völlige Einigung sei nicht nur im Interesse der oberösterreichischen Bevölkerung, sondern auch im Interesse der künftigen deutsch-polnischen Beziehungen wünschenswert. Wie weiter gemeldet wird, schlossen sich die deutschen und polnischen Bevölkerungsgruppen den Wünschen Galonders an. Reichsminister a. D. Schiffer dankte dem Präsidenten und seinen Mitarbeitern vom Volksbundesamt und vom Internationalen Arbeitsamt für ihre Tätigkeit in Oberösterreich. Die deutsche Regierung werde jedenfalls tun, was in ihren Kräften steht, um zu einer Einigung zu gelangen zum Wohle Oberösterreichs und innerhalb der durch die materiellen und idealen Lebensinteressen des deutschen Volkes gegebenen Grenzen. Aber es dürfe bei den Verhandlungen niemals vergessen werden, daß es sich neben Oberösterreich auch um die Beziehungen zwischen beiden Nationen handle. Der polnische Bevölkerungsstaat erklärt, die Verhinderung der Geistererhebungen zwischen Deutschland und Polen anzubauen.

### Englands „starke Hand“ in Indien.

Die Lage in Indien hat am 14. Februar im englischen Unterhause eine ehrliche Beleuchtung erfahren. Die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der britischen Herrschaft hat einen Grad erreicht, daß ein Revolten nicht mehr möglich ist. Schwere Misshandlungen haben mit Gewalt unterdrückt werden müssen, aber alle Versuche, durch Aufrührer gegenüber den Autonomiebestrebungen der Indianer das Verhältnis zwischen Regierenden und Regierten zu entspannen, sind gescheitert. Im Gegenzug zu den Verhältnissen vor dem Kriege nimmt die aufkämpferische Bewegung mehr und mehr einen modernen Klassenkampfcharakter an. Ein rachig angewandtes Industriekapitalistat bildet heute die Vorhut. Sondikalistische und bolschewistische Tendenzen in den Arbeiterorganisationen machen es dabei nach den Angeständnissen des Ministers für Indien Montagu unmöglich „Streitigkeiten zwischen Arbeitern und Arbeitgebern wie in europäischen Ländern zu regeln“. Kompliziert wird die indische Frage für die britische Regierung außerdem durch ihre Zusammenhänge mit der Lage in der Türkei und die Bevölkerung, die die Indianer in englischen Kolonien er dulden müssen, wo sie als Lohnbrüder zu den unerwünschten Einwanderern gehören. Friede mit der Türkei, meinte Lloyd George, würde auf die Verbündnis in Indien sehr beruhigend wirken, aber dieser Friede wird dadurch zu einem schweren Problem, daß die Sowjetregierung den türkischen Aufprall auf Wiedereinführung ihrer alleinigen Kontrolle über die Tigranellen unterstellt. Im ganzen gewinnt man aus der Unterhausdebatte den Eindruck, daß die englische Regierung der Lage in Indien ziemlich ratlos gegenübersteht, so daß sie sich nicht anders zu helfen weiß, als daß sie sich auf den brutalen Machtpunkt stellt. Die volle Souveränität des Kaisers und Königs soll unter keinen Umständen aufgegeben werden“, denn, so erklärt Lloyd George, „ohne die starke Hand Englands würde Indien dem Chaos verfallen“.

### Eine Erklärung Lloyd Georges.

Bei der Beratung über die indische Frage im Unterhause lagte Lloyd George, das vieles in der Lage Indiens erfreute Sorgen rechtzeitig. Zur Bank sei jedoch bestimmt kein Grund vorhanden. Die Regierung sei der Lage gewachsen, ohne deshalb die finanziellen Lasten vermehrten zu müssen.

### Kraßin über den Bolschewismus.

Kraßin gewährt einer Sonderberichterstattung des „Matin“ eine Unterredung. Der Vertreter Sowjetrusslands sagt, man gebe von einer falschen Voraussetzung aus, wenn man glaube, die russische Revolution sei von einer kleinen Gruppe gemacht worden. Sie sei das Werk eines großen durch das Zarenregime niedergedrückten Volkes, dessen Entwicklung durch Jahrhunderte zurückgebracht worden war. Die kommunistischen Führer hätten geglaubt, daß die anderen Länder dem Beispiel Russlands folgen würden. Als man

sah, daß dem nicht so sei, tauchte der Zweifel auf, ob ein sowjetisches Russland in einem kapitalistisch gebildeten Europa bestehen könne. Kraßin sagt weiter, sobald wir einsehen, daß wir das, was wir erwarteten, nicht fertig bringen würden, änderten wir unsere Institutionen. Wenn die Beziehungen zwischen Russland und den freien Ländern in wirtschaftlicher Hinsicht wieder regulär geworden sein werden, kann man die sowjetischen Betreibungen in auswissen. Schließlich erklärte Kraßin, daß keine Schwierigkeiten sich bei der Ausführung der Verträge ergeben würden, die mit ausländischen Herstellern abgeschlossen wurden. Besonders Frankreich lagte Kraßin: Wir arbeiten 1½ Jahre daran, den Frieden mit der gesamten Welt herzustellen. Aber ohne Frankreich können wir diesen Frieden nicht finden. Ich bin überzeugt, daß später, wenn die Schwierigkeiten politischer Art überwunden sind, Russland mit Frankreich die engsten Beziehungen unterhalten wird.

### Besserer Herr sucht möbl. Zimmer

bei voll. Verpflegung. Off. unt. 0 Y 8421 an das Tabl. Miesa.

### Wohnungstausch.

Wünsche meine Wohnung (St. N.R. Sub) in Elsterwerda m. einer gleichrohen in Miesa zu tauschen. Angebote erh. unt. 0 Z 8425 an das Tabl. Miesa.

### Schuppen mit Stoffung

zu mieten gesucht. Off. unt. 0 X 8428 an das Tabl. Miesa.

### 35000 M. 1. Hypothek

oder eventuell

### 35000 M. 2. Hypothek

auf ein bissig Geschäftsgeschäft

doch für sofort oder 1. April

gesucht. Gef. Offerten unter 0 R 8417 an das Tabl. Miesa.

### Eine Magd

zu sofortigem Antritt gesucht. Steuer, Weida.

### Hausmädchen

mit etwas Kochkenntnissen 1. od. 15. März gesucht. Mit Brot vorzuleben bei

### Frau Zeidler sen.,

Hausfrau. 62, 1.

### Ehrl. fleiß. Mädchen od. Aufwartung

für sofort od. später gesucht, eventl. auch Ostermädchen.

Fr. C. Großmann,

Wettinerstr. 2.

Zum möglichst sofortigen Antritt evtl. 1. März suche ich eine durchaus zuverlässige

### Klassiererin

die auch einen Teil der Buchhaltung m. übernehmen muß.

Schriftliche Offerten mit Lebensunterhalt erbeten.

### Wollhaus Gustav Holey.

Ritterstr. 25, 10-12.

Zum möglichst sofortigen Antritt evtl. 1. März suche ich eine durchaus zuverlässige

### Berfanse

1 Bronzehalter u. 2 Utensilien

1 Bucht, 2 Jährig, 5 Bruttobuten, 1 Jährig, 1 habt. Freiland u. 1 nichtfahrb. Küchenheim m. Petroleum, 20 m

Gartenland m. Stahlrohrbahn 100 m. Drahtgeflecht,

verzinkt, 1,50 m breit, 50 mm

Wasserhahn, 2,5mm Draht, in Rollen à 25 m. Infrage

Mückennetz. Seher, Zeithain, Abendrothstraße 1 F.

### Neubestellungen ab heute

auf das täglich erscheinende Miesa Tagblatt nehmen jederzeit alle Zeitungsträger und die Geschäftsstelle, Gothaerstr. 59, entgegen. Bezugspunkt auf halben Februar einschließlich Bringerlohn Mark 5,50.

Bitte angegebene und eingeführte Gebührenvergütungssellschaft m. Nebenmeier. (Gehee usw.)

## General-Agentur

für den Besitz Miesa unter günstigen Bedingungen neu zu beleben. Herren aus der Versicherungsbranche oder solche, die Beziehungen zu Handel und Industrie haben, werden gebeten, Offerten unter L. V. 500 an das Tageblatt Miesa einzureichen.

## Vertreter

energ. b. Industrie best. einzel. ges. von renommierter ländl. Großbldg. techn. Oele, Getre. Treibriemen usw. Proo. u. Spezialgesch. Nur Herren mit nachv. gut. Beziehungen wollen screiben unter D. K. 1150 an Rudolf Wosse, Dresden.

Bei baldigem Antritt suchen wir für den Ort Zeithain eine zuverlässige Person als Zeitungsträger.

Meldung und nähere Auskunft in der Geschäftsstelle des Miesaer Tageblattes, Miesa, Gothaerstrasse 59.

## Güter

und Wirtschaftsieder Größe, Wohlthe, Wäschereien, sowie andere Geschäfts- und Dienstleister werden von zahlungsfähig Kaufleuten gesucht.

durch R. Haferkorn, Kommissionsgeschäft, Krauba b. Elsterwerda, Fernstr. Elsterwerda 344.

und Karten werden in kürzester Zeit geliefert von der Tageblatt-Druckerei Miesa, Gothaerstr. 59.

## Holz-Auktion

### Forst Glaubitz, Sektion Langenberg Es.

Donnerstag, 28. Februar 1922, sollen im Forst Glaubitz meistbietend gegen sofortige Barzahlung versteigert werden:

- ca. 600 kief. u. ficht. Stämme und Klözer, 12-30 cm Mittendurchm. 2-15 m lang, ca. 90 Festmeter;
- ca. 25 Birken, 12-26 cm Mittendurchm. 8-11 m lang, ca. 8 Festmeter; ca. 2000 kief. Stangen, 10-18 cm Unterk.; ca. 800 kief. Stangen, 4-10 cm Unterk.

Beginn vorm. 7/8 Uhr. Sammelplatz: an der Försterei.

### Die Forstverwaltung.

## Ruhrholz=Verkauf in der Oberförsterei Elsterwerda.

Am Sonnabend, den 4. März 1922, von vormittags 7/8 Uhr ab sollen auf dem städtischen Holzhof bei Elsterwerda etwa folgende Hölzer öffentlich meistbietend verkauft werden:

Försterei Pleisa, Jagen 3, 9, 10, 11 und 16 (Stahlholz). Nieter: 1803 Stämme 2-4. M. Schneide- und Baunholz mit 617,54 m 2/4. M. 2000 Stück Schneidenholz, Stengel 3. M. 388,5 m Schneidenholz, 2a M. 14,5 m Rückenholz 3. M. Hichten: 4 Stämme mit 2,51 m 3/4. M. Rüttelholz 188 Stämme 3/4. M. mit 64,07 m, 173 Langgrubenholzstämme mit 25,16 m, 15 m Rückenholz 2b M. und 72 m Rückenholz 2. M.

Försterei Töllingen, Jagen 20 und 52 (Stahlholz). Nieter: 188 Stämme 3/4. M. mit 64,07 m, 173 Langgrubenholzstämme mit 25,16 m, 15 m Rückenholz 2b M. und 72 m Rückenholz 2. M.

Försterei Staupe, Jagen 98 (Rohholzlag). Nieter: 796 Stämme 2/4. M. Schneide- und Baunholz mit 436,06 m, 3 m Rückenholz 2b M. Hichten: 1 Stamm 3. M. mit 0,54 m. Alle Kaufzettel bis zu 500 M. müssen zugleich im Termint beglichen werden.

Aufnahmisten mit Postentstellung gegen Schreibgebühren.

Oberförsterei Elsterwerda, den 14. Februar 1922.

## Reifen, Althsen, Räder, Federn

zu verkaufen oder gegen alteisen zu tauschen, 2 Bentner altes und 3 Bentner altes, auf Federn 6 Bentner altes

### Kurt Gebler, Zeithain, Füllerei.

Es war nicht mehr die gewohnte Unterwürfigkeit in seinem Ton, höchstens noch etwas, wie Besangenheit, ein verlegenes Zögern, wie er die Situation, die er mit reißendem Vorwurf beschaffen, anbringen könnte.

„Nein, das will ich nicht!“ rief Agnes, immer hastig vorwärtsstrebend. Und ihre stolze Natur rückte sie weiter fort. „Ich begreife überhaupt nicht, weshalb Sie sich immer fort um mich beschäftigen. Sie könnten doch längst genugtahnt haben, daß ich nichts mit Ihnen zu tun haben will.“

„No, worum denn nicht, Geduldein?“ Er versuchte, schon zum zweiten Mal, den Arm um sie zu legen. Sie stieß Vorwärtsstellen verhinderte ihn nur immer an der Aussicht.

„Bin ich Ihnen zu schlecht?“

„Das geht mich überhaupt nichts an,“ sagte sie abwehrend. „Ein, ein — Ich denke aber, Sie werden sich noch definieren. Mein gutes Auskommen habe ich und wenn ich hier abgeholt, kann ich mir mein eigenes, nettes Stundstück kaufen.“

Wieder kam ein Arbeiter, diesmal vom Dorfe her, an Ihnen vorüber. Er ging sehr unsicher, hatte die Hände in den Taschen und brummte etwas auf polnisch: daß sich alle verlustreichen könnten, nur er müsse sich auch am Sonntag plagen. Raum setzte er mal im Steg, so bangten sie sich auf dem Gut nach ihm.

„Rückwirklich!“ sagte Agnes, die ihn als einen der Stallknaben kannte, stehen bleibend; aber schon sah sie, daß es ganz verkehrt war, ihn anzurufen. Statt ihr zu antworten, drohte er dem Verwalter, den er jetzt erkannte, mit der Faust und fragte, weshalb er denn nicht auf den Bahnhof zuschreien könne, die fremden Deutschen abzuholen, wenn er welche brauche.

„So etwas tat ein Pole nur im Zustand völliger Trunkenheit. — Sie sollte weiter, Thiele mit dem Aufgebrachten zurücklassend.

„Wobei er hatte Sie sogleich wieder eingeholt. — „Schämen würde ich mich an Ihrer Stelle,“ empfing sie ihn, nicht mehr wissend, was sie beginnen sollte, an solchem Tage nicht auf dem Gut zu sein. Was haben Sie im Dorfe zu schaffen? Ihrem Herrn sollten Sie beitreten in dieser Lage.“

„So, gewiß, solchen Herren!“ Er lachte unglimmig auf. „Na, kommt.“

### Harfe Köpfe.

Roman von Maria Gerbrand.

37

Und jetzt weiter! — Welt, so viel Not und Kummermüs hat Du nicht, daß Du mir nun noch etwas anhaben könntest! Wo aber mir Bruno bleiben möchte? Obwohl sie furchtlos jetzt ihren Weg durch eine Bande Betrüterinnen genommen hätte — noch heute mitbringen mußte sie den Knaben doch.

Sie blieb stehen und rief seinen Namen. Da sah sie von einem Baumstamm, in dessen Nähe sie sich bereits befand, sich eine menschliche Gestalt lösen und auf sie zukommen.

„Bruno ist vorausgegangen!“ sagte eine Männerstimme, der man die Bekommentheit anhörte. Vielleicht sind Sie so gütig und nehmen mit mir eine Begleitung vorlieb, Geduldein.“

Sie hatte den Verwalter Thiele erkannt. Der Horn wollte in ihr auf. Sie, der noch eben über Leinenhain verlangt die Hände entgegengestreckt, sollte sich jetzt von den begehrlichen Wünschen dieses Mannes umgeben fühlen?

„Danke, ich kann allein gehen!“ erwiderte sie stolz, nahm leicht ihr Kleid auf und wollte an ihm vorüberstreiten; aber er blieb an ihrer Seite.

„Na, nun wieder so fremd!“ fragte er — ein Wort, das die Blut ins Antlitz trieb. „Ich will ja weiter nichts von Ihnen, als Sie sich nach Hause bringen. Oder gehen Sie lieber mit mir zusammen!“

Ein paar Arbeiter kamen eben in halbem Laufschritt vom Bude her. Der eine, ein großer, stattlicher Mensch, wandte, als er an ihnen vorüberkam, plötzlich den Kopf nach ihr hin und ging ein paar Schritte lang nur zögernd weiter. Dann drehte er sich, seinen Kameraden wieder einzuholen.

Sie versuchte in der Nähe der beiden zu bleiben, denn sie waren ihr in der Tat weniger unheimlich, als die ihres Begleiters. Doch sah sie bald, daß sie nicht gleichen Schritt mit ihnen halten konnte. Sie glitt auf dem schlüpfrigen Wege aus.

„Wollen Sie nicht meinen Arm nehmen?“ fragte Thiele.